

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16176
Dienstag, 16. November 2021

EU-Agrarrat: Mitgliedsländer formulieren Leitlinien für Umsetzung der Waldstrategie	1
EU-Agrarminister sorgen sich um Situation am Schweinemarkt	2
EU: Rat und Parlament einigen sich auf EU-Haushalt 2022	3
Weinberger: Klimakatastrophe bewältigen und Wohlstand bewahren	4
Holzmarkt: Eiche wird ungebrochen rege nachgefragt	5
Kartoffelmarkt: Anlieferungen der heimischen Landwirte auf saisonüblichem Niveau	6
Ukraine: Mehr als die Hälfte der Weizen-Ausfuhrquote 2021/22 ausgeschöpft	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarrat: Mitgliedsländer formulieren Leitlinien für Umsetzung der Waldstrategie

Köstinger: Nachhaltige Bewirtschaftung für Multifunktionalität unabdingbar

Brüssel, 16. November 2021 (aiz.info). - Im Rahmen des EU-Agrarministerrats haben die 27 Mitgliedstaaten gestern einstimmig ihre walddpolitischen Prioritäten klar dargelegt und politische Leitlinien für die weiteren Schritte in der Umsetzung der EU-Waldstrategie formuliert. "Die Wälder bilden die 'grüne Lunge' Europas und leisten damit einen wichtigen Bestandteil zur Erreichung der Klimaziele. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist dabei unabdingbar, um die Multifunktionalität der Wälder zu erhalten und gleichzeitig zur Erreichung der Ziele des Green Deals beizutragen. Jedes Pauschalkonzept in Bezug auf die Wälder in der EU wird sich als kontraproduktiv erweisen", erklärte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** im Rahmen des Agrarrats.

Wie berichtet, hatte die EU-Kommission im Juli dieses Jahres ihren Entwurf für eine künftige EU-Waldstrategie vorgelegt und war damit auf heftige Kritik zahlreicher Mitgliedsländer und aller in Brüssel tätigen Waldbesitzer-Organisationen gestoßen. Ein häufig genannter Punkt war die darin vorgesehene großflächige Außer-Nutzung-Stellung von Waldflächen. Gewarnt wurde auch vor ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachteilen für den EU-Forstsektor und damit einer Gefährdung der drei Schlüsselkomponenten der Nachhaltigkeit. Auch die Nicht-Einbindung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung der Waldstrategie sowie die mangelnde Beachtung der Zuständigkeiten der EU-Länder in der Forstwirtschaft im Sinne der Subsidiarität wurde bemängelt.

Anfang Oktober lud Köstinger einige der walddreichsten EU-Mitgliedstaaten zu einer Forstministerkonferenz nach Wien ein. Dabei wurden diese Bedenken erneut formuliert. Der Wald sei mehr als nur eine CO₂-Senke, waren sich die Minister einig. Deutschland, Frankreich, Finnland, Schweden, die Slowakei und Österreich übermittelten eine gemeinsame Erklärung an die EU-Kommission als Ergebnis der Forstkonferenz, die auch von den Waldbesitzern unterstützt wurde. Am Vortag fand die Konferenz der europäischen Waldbesitzer-Verbände statt, in deren Rahmen ebenfalls eine gemeinsame Erklärung Richtung EU-Kommission verabschiedet wurde.

Ausgewogenheit innerhalb der Nachhaltigkeitsaspekte notwendig

Mehrere dieser Forderungen finden sich auch in der gestern von den Agrarministern angenommenen Schlussfolgerung zur neuen EU-Waldstrategie: Demnach soll die "Multifunktionalität der Wälder bei allen Lösungsansätzen berücksichtigt werden". Eine starke Zusammenarbeit, Koordinierung und gemeinsame Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten, der EU-Kommission sowie anderen wichtigen Partnern in der gesamteuropäischen Region in forstpolitischen Fragen seien essenziell, wird betont. Sehr wichtig seien auch eine Ausgewogenheit innerhalb der Aspekte der Nachhaltigkeit (ökologisch, sozioökonomisch) und die Kohärenz der verschiedenen politischen Ziele auf EU-Ebene.

Weiters wird in den Schlussfolgerungen auf die Bedeutung einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wälder und der Erarbeitung von Maßnahmen zum Risikomanagement und der Vorbeugung von Naturgefahren hingewiesen. Ein wichtiger Schwerpunkt sei die Förderung nachhaltig produzierter Holzserzeugnisse zur Stärkung der Bioökonomie und der ländlichen Räume. Der Ständige Forstausschuss bei der EU-Kommission solle weiterhin das wichtigste Forum für Vertreter der Mitgliedstaaten und der Kommission bleiben, wenn es um die Erörterung walddbezogener Themen auf

EU-Ebene gehe, heißt es in den Leitlinien. Die mögliche Einführung neuer Zertifizierungssysteme für nachhaltige Waldbewirtschaftung auf EU-Ebene sei auf einen möglichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und auf zusätzliche Kosten zu prüfen. Die Anpflanzung von 3 Mrd. Bäumen in der EU bis 2030 wird von den Mitgliedstaaten grundsätzlich begrüßt, sie soll auf freiwilliger Basis erfolgen.

Großflächige Außer-Nutzung-Stellungen werden abgelehnt

"Wir werden in der Umsetzung der neuen EU-Waldstrategie eine enge Kooperation mit den Mitgliedstaaten und den Waldbewirtschaftern einfordern und auf die Ausgewogenheit aller Maßnahmen achten. Nachhaltigkeit bedeutet neben dem Schutz unserer Wälder vor allem auch eine wirtschaftliche Komponente, ohne die es nicht gehen wird", stellte Köstinger zu den Schlussfolgerungen fest.

"Wir verfügen in Österreich über das strengste Forstrecht, eine ausgezeichnete Datenlage über unsere Waldinventuren und großes Wissen über die nachhaltige Bewirtschaftung und den Schutz unserer Wälder. Darauf setzen wir in der Zusammenarbeit in Europa", so die Ministerin. Eine Außer-Nutzung-Stellung von Waldflächen bringe das Modell der Nachhaltigkeit in eine gefährliche Schieflage. "Eine Erhöhung der Senkenleistung darf nicht auf Kosten der nachhaltig geernteten Holzmenge gehen", betonte Köstinger. (Schluss) kam

EU-Agrarminister sorgen sich um Situation am Schweinemarkt

Ratsmehrheit gegen geförderte Einlagerungsmaßnahmen

Brüssel, 16. November 2021 (aiz.info). - Auf der Tagesordnung des gestrigen Agrarministerrats stand auch die Lage auf den EU-Agrarmärkten. Während die Preise für die meisten Erzeugnisse deutlich anziehen, hält die Krise auf dem EU-Schweinemarkt an. Die geförderte Private Lagerhaltung (PLH) auf EU-Ebene wurde dennoch von den Ministern mehrheitlich abgelehnt. Ein weiterer Vorstoß einiger EU-Mitgliedstaaten, im EU-Haushalt Hilfen für die Produzenten zu mobilisieren, scheiterte.

Litauen machte im EU-Agrarrat auf die aktuelle Misere der Schweinefleischerzeuger aufmerksam. Nach einem drastischen und anhaltenden Preisverfall drohten Betriebsaufgaben und der Verlust von Arbeitsplätzen auf dem Land, warnte der litauische Minister **K. Stutis Navickas**. Er vergleicht die heutige Lage auf dem EU-Schweinefleischmarkt mit der Milchkrise von 2015. Beide Male sei der Export weggebrochen und habe zu einem Preisverfall in der EU geführt. Litauen forderte Dringlichkeitsmaßnahmen nach den Artikeln 219 bis 221 der EU-Marktordnung, zu denen Marktrücknahmen, die Drosselung des Angebots in Erzeugergemeinschaften und finanzielle Zuwendungen für die Landwirte gehören. Litauen wurde im Rat von Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Zypern, Tschechien, Estland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Lettland, Polen und der Slowakischen Republik unterstützt. Die deutsche Landwirtschaftsministerin **Julia Klöckner**, die auf ihrem letzten Agrarratstreffen herzlich von ihren Kollegen verabschiedet wurde, forderte ebenfalls Hilfen für die EU-Schweinefleischerzeuger. Sie schloss sich aber dem Aufruf der 14 EU-Mitgliedstaaten nicht an.

Kommission weist Forderungen nach Hilfspaket aus dem EU-Haushalt zurück

Die Zuschüsse aus dem EU-Haushalt für die private Einlagerung seien nicht die beste Option für den EU-Schweinefleischmarkt, fasste der slowenische EU-Ratspräsident **Jože Podgoršek** die Debatte im Ministerrat zusammen. Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten sei der Meinung, dass durch die PLH das Problem lediglich verschoben werde. Schließlich müsse das eingelagerte Fleisch nach ein paar Monaten wieder ausgelagert werden und verzögere dann nur den gewünschten Abbau von Überschüssen, so Podgoršek.

Die EU-Kommission sprach sich gegen die PLH und ein finanzielles Hilfspaket aus. Die Lage auf dem Milchmarkt vor ein paar Jahren sei nicht mit den aktuellen Schwierigkeiten der Schweinefleischerzeuger vergleichbar, begründete EU-Umweltkommissar **Virginijus Sinkevičius** die Position der Brüsseler Behörde. Er vertrat im Rat Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski**, der sich wegen eines positiven Corona-Tests in Quarantäne befindet.

Schweine hätten einen Produktionszyklus von sechs Monaten, eine Verminderung der Menge sei deshalb einfacher als bei Milch. Einem Abbau der Überschüsse hätten sich die Erzeuger aber trotz der anhaltenden Krise bisher nur unzureichend gestellt, argumentierte die EU-Kommission. Durch Markteingriffe dürften bei den Produzenten keine falschen Erwartungen geweckt werden, stellte Sinkevičius klar. Er verwies die EU-Mitgliedstaaten stattdessen auf nationale Beihilfen und auf ländliche Förderprogramme, um die Einkommen der Erzeuger zu stabilisieren. (Schluss) mö

EU: Rat und Parlament einigen sich auf EU-Haushalt 2022

Direktzahlungen werden noch nach dem alten Schema ausgezahlt

Brüssel, 16. November 2021 (aiz.info). - Die EU-Mitgliedstaaten und das Europaparlament haben sich in der vergangenen Nacht auf den EU-Haushalt für 2022 verständigt. Die Einigung sieht Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 169,5 Mrd. Euro und Zahlungen von 170,6 Mrd. Euro vor. Für die Agrarpolitik wurden Mittel von 53 Mrd. Euro budgetiert, davon entfallen 40 Mrd. Euro auf Direktzahlungen und Marktausgaben sowie 13 Mrd. Euro auf die ländlichen Förderprogramme. 2022 ist das letzte Jahr, in dem die Direktzahlungen noch nach den heute gültigen Regeln verteilt werden. Ab 2023 ändern sich mit der Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik die Anforderungen an die Ausgleichszahlungen.

In den Auseinandersetzungen um den Haushalt 2022 stritten die EU-Mitgliedstaaten und die Abgeordneten vor allem um neue Stellen im Europaparlament. Die EU-Kommission betonte heute, der EU-Haushalt solle "für ein grüneres, digitaleres und nachhaltigeres Europa" sein. Der größte Einzelposten im Budget sind die Wirtschaftshilfen und Kohäsionsmittel für ärmere Regionen in der EU mit über 62 Mrd. Euro. Die Corona-Hilfen ("NextGenerationEU") sind nicht Teil des Haushalts 2022, sondern werden darüber hinaus gezahlt. (Schluss) mö

Weinberger: Klimakatastrophe bewältigen und Wohlstand bewahren

WIFO-Direktor Felbermayr: Für Energiewende bleibt nicht mehr viel Zeit

Wien, 16. November 2021 (aiz.info). - Aufgrund der aktuellen Corona-Situation fand das traditionelle Nachhaltigkeitsfrühstück der Österreichischen Hagelversicherung erstmals online statt. Im Mittelpunkt stand dabei einmal mehr die Klimakrise. "Noch haben wir es in der Hand, das Ausmaß dieser existenziellen Krise für die Menschen einzudämmen und damit die Grundlagen unseres Lebens, unseres Wohlstandes und unserer Freiheit zu bewahren. Voraussetzung ist aber, dass wir unsere ganze Kraft auf die Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe ausrichten. Je konsequenter wir jetzt handeln, desto besser können wir unseren Planeten schützen. Schaffen wir es nicht, die herrschende Klimakatastrophe zu bewältigen, ist unser Wohlstand in Gefahr, weil die Kosten des Nichtstuns auf lange Sicht deutlich höher sind als jene der Reduzierung der CO₂-Emissionen. Es braucht dringend einen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Wandel und ein Umdenken jedes Einzelnen", mahnte **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, in seinem Eingangsstatement.

"Der Klimawandel, verbunden mit Wetterextremen und Klimaflüchtlingen, sowie die globale Knappheit von Energie- und Naturressourcen bei gleichzeitigem Wachstum der Weltbevölkerung sind die großen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Was die gegenwärtige Klimadiskussion betrifft, so wird diese vielfach nur nach dem Prinzip 'Ökologie oder Ökonomie' diskutiert. Aber was nützt es, wenn wir uns nur Gewinnmaximierung in unserem wirtschaftlichen Handeln zum Ziel setzen und dabei unser Naturkapital wie Boden, Luft oder Wasser für immer zerstören? Daher braucht es ein neues, intelligenteres Wirtschaftsdenken, das den Wohlstand einer Volkswirtschaft nicht nur nach dem Bruttoinlandsprodukt, sondern auch am Erhalt unseres Naturkapitals wie Boden, Luft oder Wasser beurteilt. Nur so können wir den Wohlstand unserer Gesellschaft aufrechterhalten, ohne unsere Umwelt auf Dauer zu schädigen", so der Vorstandsvorsitzende.

Felbermayr: An einer CO₂-Bepreisung führt kein Weg vorbei

Auch der Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), **Gabriel Felbermayr**, argumentierte in diese Richtung. "Wir müssen auf die Tube drücken, es muss uns gelingen, auch die großen Volkswirtschaften ins Boot zu holen. China etwa hat im Juni des heurigen Jahres den weltweit größten CO₂-Emissionshandel gestartet. Weitere strenge Umweltgesetze werden in nächster Zeit erwartet. In Europa ist es wichtig, dass nicht nur schmutzige Energie teurer, sondern auch saubere billiger wird. Auch am Emissionshandel und einer CO₂-Bepreisung führt kein Weg vorbei. Es kann auch nicht jeder Sektor gleichermaßen zu Einsparungen angehalten werden, schlichtweg, weil es nicht möglich ist. Wir müssen jedenfalls den eingeschlagenen Weg des Umbaus unserer Energiesysteme und der -einsparung konsequent verfolgen, denn für die Energiewende bleibt nicht mehr viel Zeit. Je länger wir zuwarten, umso schmerzhafter werden letztlich die Schritte sein, die man setzen muss, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten", betonte der WIFO-Direktor.

Naturgemäß ziehe das auch starke wirtschaftliche und gesellschaftliche Einschnitte nach sich. Daher müsse es das Ziel sein, den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 °C zu begrenzen, den CO₂-Gehalt zu stabilisieren und die Netto-Emissionen auf null zu senken. "Die Dekarbonisierung kann aber nur gelingen, wenn alternative Energieformen günstig sind. Wenn nur CO₂ teurer wird und auch der alternative Strom sehr teuer ist, dann werden wir am Ende wirklich Wohlstandsverlust haben. Es

braucht zur Klimazielerreichung nicht nur den Einzelnen und nationale Maßnahmen, sondern auch einen globalen Schulterschluss - es sei denn, es handelt sich um ein primär nationales Umweltproblem wie den Bodenverbrauch. Dieses muss national dringend gelöst werden", so Felbermayr.

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze

"Die Probleme, vor denen wir stehen, sind drängend und existenziell. Wir müssen daher deutlich bewusst machen: Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, sondern sie ergänzen einander. Genau darauf setzen intelligente Volkswirtschaften und kluge Unternehmen. Bei allen Interessen, welche die Menschheit heute verfolgt, dürfen wir eines für unsere Zukunft nicht vergessen: Die Erde ist uns nur geliehen. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe, sie an unsere Kinder und Enkelkinder in einem ordentlichen Zustand weiterzugeben", erklärte Weinberger in seinen Schlussworten an die Opinion Leader vor den Bildschirmen. (Schluss)

Holzmarkt: Eiche wird ungebrochen rege nachgefragt

Heimische Sägeindustrie sehr gut mit Fichtennadelsägerundholz bevorratet

Wien, 16. November 2021 (aiz.info). - Das österreichische Wirtschaftswachstum wurde in den vergangenen Monaten vor allem durch den privaten Konsum und die davon abhängigen Dienstleistungsbereiche getragen. Die Baukonjunktur schwächte sich zwar im Vergleich zum ersten Halbjahr ab, die Erwartungen der Unternehmen sind jedoch weiterhin überdurchschnittlich hoch.

Die österreichische Sägeindustrie ist nach wie vor sehr gut mit Fichtennadelsägerundholz bevorratet, dementsprechend verhalten ist die Nachfrage. Sofern Dienstleister vorhanden sind, werden vertraglich vereinbarte Mengen zeitnah abtransportiert. Die Preise stehen weiterhin unter Druck, sie wurden abermals um 3 bis 6 Euro je Festmeter (FMO) abgesenkt. Dieser Umstand, in Kombination mit bereits angekündigten Revisionsstillständen zum Jahreswechsel sowie der Zurückhaltung bei neuen Vertragsabschlüssen durch die Abnehmer, deuten nicht auf eine zeitnahe Nachfragebelebung hin. Bei Kiefer gab es regional Preis Anpassungen nach unten, Lärche hingegen hält ihr attraktives Preisniveau. Die Nachfrage übersteigt das Angebot, dies geht aus dem jüngsten Holzmarktbericht der LK Österreich hervor.

Im Jänner 2022 finden wieder Laubwertholz-Submissionen statt

Zu Beginn der Laubholzsaason setzt sich der Trend der letzten Jahre fort: Eiche wird bei gestiegenen Preisen sehr rege nachgefragt, aber auch bei Rotbuche ist im Vergleich zum Vorjahr eine gestiegene Nachfrage zu beobachten. Regional gab es auch hier Preissteigerungen. Bei allen anderen Laubholzarten sind nur die besten Qualitäten gefragt. Ende Jänner 2022 finden wieder Laubwertholz-Submissionen in Ober- und Niederösterreich statt. Diesbezüglich sollte vor der Ernte potenzieller Stämme Kontakt mit dem jeweiligen Waldhelfer aufgenommen werden, raten die LK-Forstexperten.

Leichte Nachfragebelebung bei Nadelindustrierundholz

Die Standorte der Papier-, Zellstoff- und Plattenindustrie sind durchwegs gut mit Nadelindustrierundholz bevorratet. Ein verringerter Anfall an Sägenebenprodukten führt jedoch mit Ausnahme von Kärnten zu einer leichten Nachfragebelebung, sodass vorhandene Waldlager kontinuierlich abgebaut werden können. Derzeit ist auch eine verstärkte Nachfrage nach frischem Industrieschleifholz zu beobachten. Dieses Zeitfenster sollte daher in Abstimmung mit den Abnehmern genutzt werden. Die Preise sind im Vergleich zum Vormonat unverändert. Bei Platten-Nadelholz gab es leichte preisliche Anpassungen nach oben und bei -Laubholz nach unten. Rotbuchenfaserholz wird bei stabilen Erlösen normal nachgefragt.

Trotz kühlerer Temperaturen bleibt der Energieholzmarkt unverändert zum Vormonat. Die Lager der Abnehmer sind bestens bevorratet, Mengen außerhalb von Langfristverträgen können nicht vermarktet werden. Die steigenden Preise für Strom und fossile Brennstoffe haben derzeit nur bei Qualitätsbrennholz regional für leicht steigende Nachfrage und Preise gesorgt. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Anlieferungen der heimischen Landwirte auf saisonüblichem Niveau

Absatz im Handel zufriedenstellend - Schwierige Situation in der Gastronomie

Wien, 16. November 2021 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt laufen die Anlieferungen der Landwirte weiterhin in gewohntem Umfang. Unverändert hoch bleiben auch die qualitätsbedingten Aussortierungen. Sie liegen in der Höhe von 30% und zum Teil auch deutlich darüber, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. Die Nachfrageseite zeigt sich zunehmend zweigeteilt. Mit den Umsätzen im Lebensmitteleinzelhandel ist man durchwegs zufrieden. Die Gastronomie und die Großküchenverpflegung leiden dagegen immer stärker unter den Corona-bedingten Einschränkungen. Ruhig blieb es auch am Exportmarkt.

Bei den Erzeugerpreisen gibt es keine Änderung zur Vorwoche. Angesichts der stark steigenden Produktionskosten sowohl bei den Landwirten als auch bei den Packbetrieben werden die Rufe nach entsprechenden Preisanpassungen aber immer lauter. In Niederösterreich wurden Speisekartoffeln zu Wochenbeginn meist um 18 bis 20 Euro/100 kg übernommen. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen liegen die Preise etwas darunter. Aus Oberösterreich wurden unveränderte Preise von bis zu 25 Euro/100 kg genannt.

Der deutsche Speisekartoffelmarkt zeigte sich in der letzten Woche von seiner freundlichen Seite. Die Ernte ist mittlerweile beendet, Partien von nicht einlagerungsfähiger Ware schwinden zusehends. Für Lagerware konnten bundesweit Aufschläge von 3 bis 5 Euro/100 kg durchgesetzt werden. Aufseiten der Nachfrage wurde zuletzt von einem ruhigen, aber stetigen Absatz gesprochen. Die jüngsten Werbeaktionen des Lebensmitteleinzelhandels hatten keine großen Impulse hervorgebracht, und auch die Sorge vor den steigenden Inzidenzzahlen drückte etwas auf die Stimmung. Die Nachfrage im Exportgeschäft ist angesichts des gestiegenen Preisniveaus ebenfalls ins Stocken geraten. Hier wird aber mit einer baldigen Belebung gerechnet. Darüber hinaus wird aufgrund von Qualitätsmängeln eine erhöhte Absortierungsquote bei den Lagerkartoffeln erwartet, die das Angebot zusätzlich einschränken könnte. Das steigert die Chancen auf eine weitere positive Preisentwicklung.

Die Erzeugerpreise haben sich in der letzten Woche etwas erhöht. Zu Wochenbeginn wurden im Bundesdurchschnitt für Speiseware meist 15 bis 17 Euro/100 kg bezahlt. (Schluss)

Ukraine: Mehr als die Hälfte der Weizen-Ausfuhrquote 2021/22 ausgeschöpft

Ausfuhren von Getreide um 3,3 Mio. t höher als im Vorjahr

Kiew, 16. November 2021 (aiz.info). - Seit Anfang 2021/22 bis Mitte vergangener Woche hat die Ukraine fast 13 Mio. t Weizen an den Außenmärkten abgesetzt, teilte das Kiewer Landwirtschaftsministerium mit. Das waren, gemessen am gleichen Zeitraum des Wirtschaftsjahres davor, um beinahe 2 Mio. t mehr. Dabei wurde das für die gesamte Saison vereinbarte Exportkontingent von 25,3 Mio. t zu über 50% ausgeschöpft, wie aus der Information des Ressorts hervorgeht. Die gesamten Ausfuhren von Getreide einschließlich Leguminosen fielen mit knapp 21 Mio. t im Jahresvergleich um über 3,3 Mio. t höher aus. Dagegen lagen die Exporte von Mehl im Berichtszeitraum bei etwa 44.800 t und damit um 18.400 t niedriger. (Schluss) pom